



Mitglieder der Enquete-Kommission
Internet und digitale Gesellschaft

Enquete-Kommission Internet und
digitale Gesellschaft

-Projektgruppe Demokratie und Staat-

Ergebnisprotokoll der zwölften Sitzung der Projektgruppe Demokratie und Staat vom 7. Mai 2012

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Projektgruppensitzung findet unter dem Vorsitz von **Ansgar Heveling, MdB** statt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erläutert deren Ablauf.

Die **Protokolle der Sitzung vom 23. April 2012** werden ohne Änderungen oder Ergänzungen von der Projektgruppe genehmigt.

Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.



TOP 1 Kapitel 1 Grundfragen – Demokratie und Staat in der digitalen Gesellschaft

Ein sachverständiges Mitglied schlägt vor, einen Absatz zu ergänzen, wie sich bestimmte **Risiken** (z.B. Manipulationen) verhindern ließen. Die Projektgruppe beschließt, in das vorliegende Kapitel einen entsprechenden Satz aufzunehmen, der das Problem anreißt. Weiterführende Ausführungen dazu erfolgen unter Kapitel 5.

TOP 2 Kapitel 3 Exekutive in der vernetzten Gesellschaft („E-Government“)

Der Textentwurf zweier Fraktionen und der Text einer Sachverständigen zu **Chancen und Herausforderungen von E-Government** sollten zusammengeführt werden. Hierzu konnte keine Einigung erzielt werden. Die Sachverständige kündigt einen Alternativtext an.

Die Projektgruppe beschließt, die Beratung zu diesem Kapitel zu vertagen.

Die Projektgruppe diskutiert anschließend das Thema **Open Data**.

Herausgearbeitet wurde, dass viele der Fragestellungen parallel zu den Problematiken **des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG)** gelöst werden könnten. Wer sei gebunden? Welche Rechte gelte es einzubeziehen?

Unterschiede, die es gebe, sollten benannt werden. Zum einen werde über ganze Datensätze entschieden und nicht über einzelne Anfragen, was es notwendig mache, über



Verfahrensregeln zu sprechen. Best-practise-Beispiele anderer Staaten sollten betrachtet werden.

Zum anderen müsse die Frage aufgeworfen werden, ob es einen Anspruch auf **Zugang zu Rohdaten** geben müsse. Schließlich sei gewollt, dass andere mit diesen Daten gesellschaftlichen oder finanziellen Wert schöpfen könnten.

Ein Sachverständiger führt aus, er halte nichts davon, Open Data zu einem allgemeinen Prinzip zu machen. Nicht alles, was von Interesse sei, solle öffentlich zugänglich gemacht werden. Oft sei der Aufbau von Geheimwissen Grundlage eines Geschäftsmodells. Hier einen Zugriff zu ermöglichen sei volkswirtschaftlich sehr problematisch. Darauf solle zumindest hingewiesen werden.

Ein anderer Sachverständiger fragt, ob eine Einigung darüber möglich sei, dass Fahrplandaten von Unternehmen, die öffentliche Verkehrsdienstleistungen erbringen, sei es nun per Bus, Bahn, Flugzeug oder Fährschiff etc., dass diese Daten öffentlich sein müssen.

Ein Abgeordneter fragt, wie stelle man sich dies z.B. bei Flugverbindungen von oder nach Deutschland vor. Diese würden von verschiedenen –nicht nur inländischen- Fluglinien angeboten. Man müsse sich erst einmal fragen, wer überhaupt zu Open Data verpflichtet werden könne. Eine so entstehende Liste sei dann aber möglicherweise unvollständig oder zumindest in Teilen falsch. Man könne daher keine Einzelfälle erörtern, sondern müsse sich vor diesem Hintergrund auch fragen, ob es überhaupt möglich sei, eine allgemeine Formulierung zu finden.



Der Vorsitzende stimmt dem zu. Bevor Festlegungen getroffen werden könnten, müssten erst einmal Unschärfen beseitigt werden bzw. geklärt werden, ob sich diese Unschärfen beseitigen lassen.

Ein sachverständiges Mitglied votiert dafür, eine Handlungsempfehlung dahingehend aufzunehmen, dass ein **Standardformat und Standardaustauschformat** für Open Data definiert werden solle.

Ein Projektgruppenmitglied spricht sich dafür aus, neben Verkehrsdaten auch Daten zu anderen mit öffentlichen Mitteln finanzierten Infrastrukturen verfügbar zu machen. Hier müsse überlegt werden, in welchen Fällen es sinnvoll sein könnte, um z.B. daraufhin neue Services entstehen zu lassen.

Ein Abgeordneter erklärt, Angebote der Deutschen Bahn oder der Lufthansa seien nicht von öffentlichen Geldern finanziert. Er frage, worin der Mehrwert liege, wenn diese Daten offen verfügbar seien. Entstünden dadurch tatsächlich neue Dienste? Man könne in dieser Frage dann nicht nur auf Verkehrsdaten abstellen sondern müsse quasi alle Daten der öffentlichen Hand betrachten. Nun gebe es aber auch Kliniken in öffentlicher Trägerschaft etc. Da werde es schon problematischer. Erst einmal müssten also grundsätzliche Dinge im Bereich Open Data geklärt werden.

Ein anderes sachverständiges Mitglied spricht sich dafür aus, Open Data nicht daran festzumachen, ob etwas mit Steuergeldern finanziert worden sei, sondern daran, ob ein überwiegendes Interesse der Öffentlichkeit an der Nutzung der Daten bestehe.



Im Ergebnis einer sich anschließenden kurzen Diskussion zu Zusammensetzung und Funktion des **IT-Planungsrats** wird ein Sachverständiger den derzeitigen Status schriftlich darlegen.

TOP 3 Kapitel 4 Judikative in der vernetzten Gesellschaft („E-Justiz“)

Ergänzungsvorschlag PGP-Signatur

Es wird besprochen, den Text dahingehend zu ergänzen, dass grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, E-Mail-Verkehre auszuspähen. Geheimdienste könnten enthaltene Informationen auslesen und diese der heimischen Wirtschaft zugänglich machen. Das Thema **Verschlüsselung** sei derzeit hoch aktuell, auch im internationalen Rechtsverkehr z.B. in Wirtschaftsstrafsachen. Damit in Zusammenhang stehende Herausforderungen sollten beleuchtet werden.

Mehrere Sachverständige werden den Absatz entsprechend der vorherigen Ausführungen ergänzen.

TOP 4 Kapitel 5 Strukturwandel der Öffentlichkeit

In das Kapitel wird noch ein Absatz zu den **Risiken** eingefügt (siehe TOP 1)



TOP 5 Verschiedenes

Der Vorsitzende bittet darum, alle ausstehenden Alternativtexte bzw. Textergänzungen bis zum **16. Mai 2012** zu übermitteln.

Bürgerbeteiligung:

Bürgerinnen und Bürger können über die Beteiligungsplattform der Enquete-Kommission bis zum **7. Juni 2012, 12 Uhr** eigene **Vorschläge zu den Handlungsempfehlungen** der Projektgruppe Demokratie und Staat einreichen.

Der Vorsitzende bittet darum, auf diese Beteiligungsmöglichkeit über die **eigenen Kanäle** hinzuweisen. Spätestens in der letzten **Sitzung am 11. Juni** sollen die eingegangenen Vorschläge beraten werden.

nächster Sitzungstermin: 21.Mai 2012, 09.30-12.00 Uhr

Ein Sachverständiger thematisiert noch einmal die **Öffentlichkeit der Projektgruppe** und erfragt, warum die Sitzungen noch immer nicht gestreamt würden. Wenn der Bundestag nicht über genügend Kapazitäten verfüge, sollten andere Möglichkeiten gefunden werden.

Der Vorsitzende regt an, dies noch einmal zu besprechen, wenn alle Fraktionen entsprechend vertreten seien.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern und schließt die Sitzung.



Im Auftrag

gez.

Mirko Jonscher